

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Preis pro Nummer Nr. 29.

88. Jahrgang.

Preis pro Nummer Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr
f. d. 1. Spalte, Stelle auf
geändert. Schrift oder
beeren Raum bei 1mal.
Wirkung 10 g.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.
—
Mit dem
Hauptausschnitt,
Zusatz. Sonntagblatt
und
Schneid. Samstags.

Erhalten täglich,
mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich
vier 1.10 M., mit Zehr-
geld 1.20 M., im Regels-
und 10 km-Bericht
1.25 M., im übrigen
Württemberg 1.25 M.,
Kronlandsbestimmungen
nach Verhältniss.

Nr. 55

Montag den 8. März

1909

Amliches.

Bekanntmachung.

Von dem Gemeinderat Emmingen werde der An-
trag auf eine Vereinerung der Gewande Delland, Horn-
cker, Scheitel, große Keder, Mühläder, Swigeder, Malmen,
unterm Dorn, Zimmernann, vorderer Fergich, Nauver,
Nagolder Weg und hinterer Fergich der Markung Em-
mingen, sowie unterm Horn und Rötendach der Markung
Nagold gestellt.

Nachdem das Unternehmen von der K. Zentralstelle
für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldberntung, a-f
Grund einer vorläufigen Prüfung als für die Landeskultur
möglich und im ganzen zweckmäßig für ausführbar erkannt
und zur Zustimmung dem gestellten Antrag gemäß zugelassen
worden ist, wird hiermit

Tagfahrt zur Abstimmung

Über den vorliegenden Antrag und zur Wahl der Mitglieder
der Vollzugskommission am Samstag den 13. März
d. J., vorm. 9 Uhr anberaumt.

Hierbei werden die beteiligten Grundeigentümer bzw.
deren Vertreter auf das Rathaus in Emmingen unter
Androhung des Rechtsnachteils eingeladen, das dortigen,
welche bei der Abstimmungstagfahrt weder in Person
noch durch einen lehrer Vertretungsbevollmächtigten
schwebende Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen
zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl
der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden
und das ein Einspruch oder eine Wiederholung in
den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Aus-
bleibens nicht statthaben.

Für den Fall, daß die nach der Abstimmung eventuell
vorgeschwundene Wahl der Grundbesitzer und ihrer Erbschaften
für die Vollzugskommission aus irgend einem Grunde nicht
zustande käme, so werden die Grundbesitzer auf Antrag des
Oberamts nach vorgängiger Berechnung des Gemeinderats
von der Zentralstelle berufen.

Von dem Plan, der Bezeichnung der Feldberntung,
dem Verzeichnis der Grundeigentümer, dem allgemeinen
Uebersicht über die mutmaßlichen Kosten und dem Ergeb-
nisse der vorläufigen Prüfung der Zentralstelle kann bis
zum Abstimmungstag Herrmann auf dem Rathaus in Em-
mingen Einsicht nehmen.

Insoweit ergibt die öffentliche Aufforderung,
etwaige noch nicht bekannte Anträge auf Freilassung von
dem Unternehmen, oder auf Annahme an demselben
innerhalb der Ausschlussfrist von 2 Wochen, von dem
Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet,
dem Schlichteramt Emmingen oder beim Oberamt hier
geltend zu machen.

Nagold, den 8. Februar 1909.

R. Oberamt. Ritter.

Am 6. März ist von der evangelischen Oberschule eine
Schulfeier in Verbindung dem Hausater Wilmann an der Staber-
reitungskanal in Etmann, bei Eim, die 2. Schulfeier in
Verbindung dem Schulleiter Ederer in Etmann, übertragen worden.

Malcolm Sinclair.

Historische Erzählung von

A. S. Brauchvogel.

(Vervollständigt.) (Nachd. verb.)

Ich drang durch die zusammenlaufenden Truppen
vordrängend, drang oder stürzte vom Pferde, ich weiß es nicht,
hinab in den Graben. — Da lag der bleiche Herr! Die
Kugel war ihm von hinten ins Haupt gedrungen. Wo
ist Siggert, er war bei ihm? brüllte ich. — Siggert war
verschwunden. — Wo ist des Königs Hat? Der Hat,
der bekannte Hut mit der gelben und blauen Feder — er
war fort! — Ein Bischof, was wußten sie, daß ich auf
Koch sah im Rohre der Pulverbüchse, es war unläugbar
abgedruckt. Hier ist's, es ist das Bischof Siggerts! —
Sinclair zog die Waffe aus der gedörrten Tasche. — Ich
hatte die Beweise der sühnen Tat, meine Freunde, aber
plötzlich ward ich matt und schwach, denn heiß strömte es
mir über die Stirn; ich brach zusammen. Meine junge
Wunde war aufgedrungen, diese Wunde, an der ich sterben
muß! — Siggert ist in Paderborn, Herr geht zum Schloß,
Kranzfeld ruht im nordwestlichen Saale, und Ogil Sinclair
muß sterben! Aber der Brief von Alfreds Gemahlin ist da,
der Schwester Karls, die vom selben Adel auf den blutigen
Thron erhoben worden! — Dieser Brief, Generale, und
dieser Krone werde ich Guch, und in deinem Namen Guch,
meine Rache gegen England, gegen die Mörder meines

Politische Uebersicht.

Ueber den Inhalt des Kompromisses über
die B. Pfisterer sei nachstehend das Wichtigste mitgeteilt:
Es soll eine Besizer von den Bundesstaaten erhoben
werden, deren Gesamtbetrag alljährlich durch den Reichs-
haushaltsetat bestimmt wird und bis zum 1. April 1914
100 Millionen Mark nicht übersteigen darf. Von da ab
soll er jedoch um höchstens 5 % erhöht werden können.
Eine Aenderung dieser Bestimmungen soll nur durch Gesetz
möglich sein und im Bundesrat als abgelehnt gelten, wenn
14 Mitglieder dagegen sind. Die auf die Bundesstaaten
entfallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern
auf Einkommen, Vermögens oder Erbschaften aufgebracht
werden; wo eine Einkommensteuer oder eine allgemeine
Vermögenssteuer nicht besteht, auch durch Erbschaften
von Grund- und Gebäudebesitz. Einkommen bis zu 3000 M.
und Vermögen, die nach Abzug der Schulden 20000 M.
nicht erreichen, sollen von der Steuer frei bleiben. Die
Einkommen dürfen nur nach dem Erbschaftsteuersatz vom
3. Juni 1906 besteuert werden, d. h. bei entzerrten Ver-
wandtschaftsgraden. Wenn in einem Bundesstaat die nötigen
Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt werden, bestimmt der
Bundesrat die Zuschläge. Die Erhebung der Besizer
soll vom 1. April 1911 ab erfolgen.

Eine Ersparnis von 1 1/2 Millionen Mark
wird beim Etat des kaiserlichen Detachements, das am
1. April von der Kaiserlichen Marine übernommen und der
Kaiserlichen Besatzung angegliedert werden soll, dadurch herbei-
geführt, daß das Detachement um 600 Köpfe — von 750
auf 150 — vermindert wird.

Die Budgetkommission der russischen Duma
erhielt perhaltlich vom Reichsminister die Zusage, daß unter
dem Vorsitz Stolypin eine Kommission eingesetzt werden
soll zur Beratung einer möglichen Reform des Reichs-
haushalts. Trotzdem hat die Budgetkommission die Schlicht-
schiffkredite bis zur Durchführung der versprochenen Reform
abgelehnt.

Die Verhandlung des Fürsten Ferdinand von
Sachsen als Jar während seines Besuchs in Petersburg
hat, wie man in diplomatischen Kreisen erzählt, mancherlei
Schwierigkeiten durch Rangunterschiede gemacht. Sie waren
nur dadurch zu lösen, daß Fürst Ferdinand die entsprechenden
Stellen überhaupt nicht erörterte, bei anderen hat er tatsächlich
hinter den vordringlichen Vertretern einiger Großmächte zurück-
weichen müssen. Wo dies, wie bei der Transsibirischen in der Kirche,
nicht der Fall war, hat der englische Botschafter Nicolson
ausdrücklich eine schriftliche Bemerkung beim Minister des
äußeren Angelegenheiten als Souböran der völkerrichtlichen
Stellung des Fürsten und Kaiserlich nicht präjudiziert
werden dürfen.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten
von Amerika, Taft, hat am Donnerstag bei der Ue-
bernahme seines Amtes eine Ansprache gehalten, die sein
Programm enthielt. Er legte sich hierbei auf eine Fort-
setzung der Politik Roosevelts fest und erklärte insbesondere

die völlige Durchführung der von Roosevelts begonnenen
Reformen als das Hauptmerkmal seiner kommenden Ver-
waltung. Diese Reformen waren darauf gerichtet, die
Bürokratie und den Mißbrauch der Macht seitens der
großen Kapitalgesellschaften auf dem Gebiet der Eisenbah-
nen, der Zucker- und des zwischenstaatlichen Handels zu
unterdrücken. Als eine weitere dringliche Aufgabe bezeich-
nete Taft die Revision des Zolltarifs, zu welchem Zweck
der Kongress auf den 15. d. M. zu einer außerordentlichen
Session einberufen werden soll. Er sagte hierzu: „Die
Zölle sollten so beschaffen sein, daß sie jeglicher Arbeit, sei
es auf dem Feld, im Bergwerk oder in der Fabrik, einen
Zuschuß gewähren, der dem Ueberschuss zwischen den Er-
zeugungsstätten des Auslandes und denjenigen des Inlandes
gleichkommt. Es soll aber auch Vorsorge getroffen sein
dafür, daß ein höherer oder der Kongress gegen jene
Länder in Anwendung kommen soll, deren Handelspolitik
uns gegenüber gerechtfertigt eine solche Unterscheidung er-
fordert.“ Die Erhöhung der Zölle soll auch der Erzielung
größerer Einnahmen dienen, da infolge der geschäftlichen
Depression die Ausgaben für das laufende Jahr die
Einnahmen um 100 Millionen Dollar übersteigen werden.
Sollten zur Deckung dieses Mißstands die Einnahmen nicht
ausreichen, so würden neue Steuern, insbesondere eine
Erbschaftsteuer eingeführt werden, die die gerechteste
Steuer sei. Nachdem Taft für Schonung und Wiederauf-
forderung der Wähler und für Verbesserung der Wasser-
kraften eingetreten war, kam er auf den Krieg und Flotte zu
sprechen. „Wir sollten eine Armee besitzen, die so organisiert
ist, daß sie im Fall der Not gemeinsam mit der nationalen
Miliz zu einer Streitmacht sich erweitern kann, die genügt,
um jeder wahrheitsgemäßen Invasion von außen Wider-
stand zu leisten, und um auch ein ansehnliches Expeditionskorps
zu liefern. . . . Was vom Meer hergeht, wurde,
gilt in noch höherem Maße von der Flotte. . . . Unsere
internationale Politik soll immer dem Frieden dienen. . . .
Wir sind für das Haager Tribunal und für die Schlichtergerichte
bereit, aber wir wären nicht idealistisch, wenn wir nicht
anerkannt wären, daß gegenüber einer Welt in Waffen
auch wir in einer ähnlichen Lage sein müssen, um andere
Nationen zu verhindern, Vorteil zu ziehen aus unserer Un-
fähigkeit, uns zu Recht mit harter Hand geltend zu machen.“
Als weitere Aufgaben bezeichnete Taft die Aenderung des
Gold- und Bankgesetzes, um den den verfügbaren Umlauf-
mitteln eine größere Flexibilität zu verleihen; ferner die
Schaffung eines Volksparteiengesetzes und schließlich einen
räftigen Fortschritt der Gesetzgebung auf dem Gebiet der
Arbeiterfürsorge.

Die Balkankrise.

Der österreichische Gesandte in Paris, Graf Kheven-
hüller, wurde am Freitag vom Minister Pichon empfangen,
dem er eine Abschrift des Abkommens zwischen Österreich-
Ungarn und der Türkei überreichte. Dem Bericht nach
hat der Botschafter im Laufe der Unterhaltung auch den
Wunsch nach Beruhigung und Verständigung, von
dem Österreich-Ungarn in der Balkanfrage befreit

„Nein, Vater, ich lasse nicht von Dir solange Du
atmest!“ sagte weinend Malcolm.

„Ich befehle Dir und Guch allen, zu gehen!“

„Du hast mich durch den Schwur zum Ranne gemacht,
Vater! Ich werde bleiben!“

„Gut denn — desto besser, Sohn. Dann lauch Du
deiner Vater erben sehen! — Lebt wohl, Khevenhüller und
Stenbock!“

„Aber was wollt Ihr tun?“ rief lesterer. „Wollt
Ihr lebend in des Reicherts Hände fallen?“

„Lebendig? Nein, mein Wort darauf! — Geh! —
Soll es heißen, daß Ihr in der Stunde meines Todes bei
mir gewesen seid? Wollt Ihr Euch auch noch ins Unglück
bringen?“

„Ich will mehr tödlich, dem Willen des Lebenden zu
widerstehen, drück en ihn beide Generale stumm die Hand.
„Euer Sohn wird mein Sohn sein!“ sagte Stenbock dumpf.
— „Wenn alles vorüber ist, Malcolm, so erinnere Dich,
daß mein Haus deine Heimat ist; Andrew mag Dich
begleiten.“

„Ich werde kommen, Herr!“

Still wurde Festschers Bild von der Wand genommen
und hinausgetragen. Stenbock packte Brief und Pistol,
die beiden einzigen Beweise gegen Karls Mörder, zu sich,
dann verließen beide Generale das Haus. — Alles ward
wiederrum in die Stube. — Der Kranke lag in düsterem Sinne
verloren, er schien zu denken.

„Malcolm!“

„Nein Vater!“



... zum Ausdruck gebracht. — Später empfing Bismarck auch den russischen Botschafter.
Die „Kosovo-Affäre“ lüdt die Verantwortung für die Ermordung des Kaisers auf Deutschland abzuwälzen. Das Blatt erklärt, nachdem eine ganze Anzahl von Preßorganen sich gegen die bedingungslose Anerkennung der österreichischen Politik ausgesprochen hätten, müsse auch die deutsche Regierung ihre friedliche Gesinnung durch die Förderung des Konferenzgedankens bekunden. Nur dadurch könne der Krieg vermieden werden. (F)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Am Bundesratlich: Strauß.

Postetat und Fernsprechgebührenordnung.

Dr. Böhm (wirtsch. Bgg.): Die gesundheitslichen Verhältnisse der Beamten sind viel günstiger als die des weiblichen Personals. Das beweist, daß der weibliche Organismus den Anforderungen des Berufs nicht gewachsen ist. Biel gepart könnte auf dem Gebiete der Besetzung werden. Die meist zu spät bekannt gemacht werden, dadurch wird den Beamten die rechtzeitige Kündigung ihrer Wohnungen unmöglich gemacht. Der Redner befragt u. a. die Selbstverwaltung des Telegraphenwesens.

Kämpf (H. Sp.): Sicherlich weiß die Postverwaltung manche Mängel, aber viel ist noch zu bessern. Besonders ist, daß die von der Regierung beantragte Herabsetzung des Ortspostloos noch nicht zur Wirklichkeit geworden ist. Der Verkehr mit anderen Ländern müßte verbessert werden. Der Schenkungsartikel nach Amerika sollte für alle Ströme gelten. Die neue Fernsprechgebührenordnung ist alles andere als Verbesserung. Warum will man dem Postsystem ganz den Garaus machen? Für diese neue Steuer liegt keine Notwendigkeit vor. Sie wird eine wesentliche Einschränkung des Fernsprechverkehrs zur Folge haben. Das jetzige System hat sich durchaus bewährt. Einer geschaffenen Postgebühre für die größten Plätze würden wir zustimmen. Jetzt, wo Handel und Industrie durch die Reichsfinanzreform schwer belastet sind, wäre billiger Verkehr am allermeisten angebracht.

Dr. Strauß (H. Bgg.) beantragt eine besondere Kommission für die Fernsprechgebührenordnung. Leider zeigt der Staatssekretär für die mittleren Beamten nicht genügend Wohlwollen, dabei werden an die Vorbildung immer höhere Ansprüche gestellt. Die Postverwaltung ist noch im Geist einer alten Zeit, die der Verwaltung alle Rechte und den Beamten nur Pflichten gibt. Wo bleibt die Personalreform? Auch den unteren Beamten muß die Möglichkeit gegeben werden, höher aufzusteigen. Die Deutsche Postverwaltung aber die Beamtenverhältnisse: ist voller Widersprüche und wenig brauchbar. Die Landbriefträger sollten für schwere Posten eine höhere Vergütung bekommen. Der schriftliche Verkehr zwischen den Beamten und der Verwaltung ist außerordentlich schwerfällig; ist schon nicht mehr bürokratisch, neu, bürokratisch! (Hinterkeit). Der Redner erhebt gegen die Postverwaltung den Vorwurf, sie beschränke das Staatsbürgerrecht der Beamten. Er führt einen besonderen Fall aus Kiel an, wo der Oberpostdirektor dem liberalen Stadtverordneten-Kandidaten, Telegraphen-Sekretär Schwarz, erklärte, er werde ihm die Annahme des Postamts nicht gestatten; die Folge war der Sieg der sozialdemokratischen Liste. Nach der Reichstagswahl ging in sämtlichen Amtsstellen in Kiel eine Verfügung der Oberpostdirektion aus, die Kandidaten sollten ihre Beamten befragen, ob sie an der Wahl teilgenommen haben. Die harmlose Kunde, das sei nur zu politischen Zwecken geschehen glaubt in Kiel niemand. Wir verlangen gründliche Reformen.

Staatssekretär Kräfte: Im Falle Schwarz hat der Oberpostdirektor unrichtig gehandelt. Die Beamten sind nicht gefragt worden, wie, sondern ob sie gewählt haben. Und das ist harmlos. Ich hätte es ja wahrscheinlich nicht getan. (Appl. lull.) Man soll solche Sachen nicht über-

treiben. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind alle Menschen und machen alle Fehler. Ich protestiere gegen den Vorwurf, daß die Postverwaltung in ihrer Denkschrift falsches Material zusammengeheftet hat, und daß sie es an Wohlwollen für die Beamten fehlen ließe. Solchen Vorwurf sollte ein Mitglied der freikämpferischen Partei nicht erheben. (Beif. Zustimmung rechts.) Der Redner kann die Einzelheiten nicht kennen, kann das ihm zugedruckte Material gar nicht prüfen. (Beif. Zustimmung rechts.) Sagen solche schwere Beschuldigungen, die man ohne Kenntnis der Sache hier hinwirft, protestiere ich energisch. (Beif. Beifall rechts.) Ein Abgeordneter sollte sich von solchen Sachen fernhalten. (Zuruf v. d. Log: Unberücksichtigung.) Der Redner hat u. A. behauptet, ich verdröte die Beamten. Ich kann nicht alle Absichten zu Sekretären und alle Sekretäre zu Obersekretären machen. Man sagt immer, ich solle sparen, ich hätte zu viele hohe Beamte, und nun stellt sich der Herr Abgeordnete hin und sagt, ich hätte kein Wohlwollen für die Beamten, ich sei nicht gerecht gegen sie. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber das verstehen Sie nicht. (Beif. rechts, lulle lull.)

Werner (Ksp.): Überall wittert die linke Agrarier. Auf dem Lande wohnen doch auch Handwerker und Leute, und für sie ist die Fernsprechgebührenordnung von Vorteil. Es ist bezeichnend, daß die Beamtenhaft sich wegen der Besoldungsvorlage in fieberhafter Bewegung befindet. Die Kommissionsberatungen sollten höher beschleunigt werden. Die fortwährenden Besetzungen müssen erheblich eingeschränkt werden. Im allgemeinen ist mehrere Postverwaltung vorzüglich, ein Musterinstitut.

Duffner (Zr.): Eine Revision der Gebühren der Postverwaltung ist notwendig. Zwischen dem bureaukratischen und dem kaufmännischen Geist muß ein Ausgleich geschaffen werden. Ganze Geschäftszweige können abgetrennt und selbständig organisiert werden. Die Verwaltung krankt an Ueberfluß an Personal, besonders an höheren Beamten. Kein Beamter hat das Recht auf Beförderung; vielleicht aber können überzählige Beamte an andere Stellen abgegeben werden. Die Annahme von Kandidaten für die mittlere Besoldung muß eine Zeit lang eingestellt werden. Einer angemessenen Vorbildung muß auch eine angemessene Bezahlung entsprechen. Durch die neue Fernsprechgebührenordnung darf die Industrie nicht ungebührlich belastet werden, oder die zahlungsfähigen Kreise müssen zu den Kosten in richtigem Maße herangezogen werden. Das weibliche Personal bedarf dringend der Besserstellung.

Staf Wehler (Ksp.) begrüßt die neue Fernsprechgebührenordnung wünscht aber noch weitere Vorteile für das platte Land. Der Ortsverkehr müßte ausgedehnt, die Entfernungsgebühren vermindert werden.
Dr. Stresemann (H.): Bei dem Hochwasserunglück in der Altkamp haben sich leider die Postbehörden gewelgert, den Fernsprechverkehr über die Dampfschiffe hinaus zu gestatten. Der sollte der Staatssekretär einrichten. Die Zahl der Postwertzeichenautomaten sollte vermehrt werden. Bezüglich der Fernsprechgebührenordnung treten wir für eine schrittweise Aufrechterhaltung eines abgestuften Postgebührensystems ein.

Das Haus vertagt sich. Dr. Strauß (H. Bgg.) wendet sich persönlich gegen die schärfen Angriffe des Staatssekretärs auf seine Person. Staatssekretär Kräfte erklärt, daß er den Abg. Strauß persönlich nicht habe beleidigen wollen.

Weiterberatung Samstag 2 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Nach den Reichstagskommissionen.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde von freikämpfer Seite angeregt, vom gesamten Militäretat ein Postwertzeichen von 100 Millionen zu freigeben und dem Kriegsmilitär zu sagen, er möge sich die Sache nur einleiten und zusehen, daß er auskomme. Der Kriegsmilitär erwiderte, dazu könne man an eine Erhöhung der Mannschaftszahl nicht denken. Es müßten ferner eine erheb-

liche Verzehrerung der Postwertzeichen oder umfangreiche Bewilligungen Platz greifen. Ein Zentralantrag, den Posten stark kommandieren in Magdeburg nach Beendigung der dortigen Aufstellungsbereitungen fortzuziehen zu lassen, wurde mit Zustimmung des Kriegsmilitärs angenommen. Ein freikämpferischer Antrag, auch die Kommandanten in Magdeburg und Spandau zu freigeben, wurde abgelehnt. — Die Finanzkommission des Reichstags beendete die Beratung des Entwurfs der. die Abänderung des Gebührensatzes. Infolge Ablehnung der Nachlassener mußten einige Änderungen am Entwurf vorgenommen werden. Nach Erläuterungen verschiedener Regierungsvertreter wurden die noch nicht durchberateten Paragraphen von § 29 an mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Die Finanzkommission beriet dann den Tabaksteuerentwurf. Richtermeister Röllens hat berichtet über die zahlreichen Petitionen. Seitens des Bundesrats wurde erklärt, die Regierungen wiesen im Interesse des heimischen Tabakbaus ein Verbot nach engl. Kultur von der Hand. Im Übergang vom Gewicht zum Wertzoll liege eine wesentliche Begünstigung des deutschen Tabakbaus. Staatssekretär Sydow betonte, eine Finanzreform sei nach Ansicht der Regierung und nach der Ueberzeugung weitaus mehr unter harter Heranziehung des Tabaks möglich. Die Finanzreform dürfe nicht den geringsten Aufschlag. Die Finanznot des Reichs sei zu groß. Die wirtschaftl. Depression könne keinen Hindernisgrund abgeben. Möglicherweise dürfe beim Inkrafttreten des Gesetzes wieder Hochkonjunktur. Der Vorstand der Sozialdemokratie bewies, daß bei einer Reichstagsauflösung infolge der Nachlassener nicht die geringste Hilfe bei der Finanzreform von der Sozialdemokratie zu erwarten sei, die für eine indirekte Belastung niemals zu haben sei. Ein nationalliberaler Redner wünschte Ueberweisung des Entwurfs an eine Subkommission.

Die württembergische Bauordnung.

Stuttgart, 6. März. Der Bericht der Bauordnungs-Kommission der Ersten Kammer über den Entwurf der Bauordnung ist im Druck erschienen. Die Anträge der Kommission unterscheiden sich, wie zu erwarten war, sehr wesentlich von den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Vor allem ist die Kommission dem Bestreben der Zweiten Kammer, die Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Bauordnung zu erweitern, entgegengetreten. Ferner hat sie wesentlich weitgehende Vorschriften über die Weidmangelkeit getroffen und endlich der Einschränkung des Berordnungsrechts der Regierung nur zum Teil zugestimmt. Die Zweite Kammer hatte das Genehmigungsrecht des Ministeriums des Innern bei Errichtung, Abänderung oder Aufhebung der Ortsbau-satzungen beibehalten und es durch eine bloße Volksabstimmung erklärt, die in großen und mittleren Städten durch das Ministerium des Innern, in den übrigen Gemeinden durch den Bezirksrat, also einem Selbstverwaltungsglieder angeschlossen werden sollten. Sie hat außerdem die Städte, aus denen der Volksrat unterzogen werden kann, gesetzlich genau festgelegt. Die Kommission der Ersten Kammer hat demgegenüber das volle Genehmigungsrecht des Ministeriums des Innern in sämtlichen Gemeinden wiederhergestellt. Ferner hat die Kommission wie bei den Ortsbau-satzungen, auch bei der Errichtung, Abänderung oder Aufhebung von Ortsbau-satzungen an Stelle der Volksabstimmung das Genehmigungsrecht wieder eingeführt, allerdings mit dem Unterschiede, daß dieses Genehmigungsrecht nur in den großen und mittleren Städten in den Händen des Ministeriums des Innern verbleibt, in den übrigen aber in denen des Bezirksrats. In letzteren Gemeinden hat die Kommission also dem Bedanken der Selbstverwaltung Raum gegeben, während nach dem Entwurf das Oberamt das Genehmigungsrecht haben sollte.

Angeschlossen hat sich die Kommission dem Bedanken der Zweiten Kammer, im Falle eines Wertzuwachses die Eigentümer zu den Kosten der den Wert erhöhenden Einrichtung heranzuziehen. Ebenso hat die Kommission sich an dem Entwurf der 2. Kammer angeschlossen, daß eine allgem. gesetzl. B. g. n. g. von kleinen Wohnungen bei den Kalkulationen nicht zugelassen sei. Sie hat weiter, wie die Zweite Kammer das Bedürfnis nach gesetzlichen Bestimmungen über die sogenannte Umlegung, das heißt, die aufstehende zwangsweise Umwidmung der Grundstücke bemerkt. Im allgemeinen ist die Kommission auch mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer über die Grundstücke einverstanden, auch dazu die Höhe der Grundsteuer nicht über die Höhe der Grundsteuer zu erhöhen. Die vormaligen Artikel 29 und folgende über die Weidmangelkeit haben auch in der Kommission der Ersten Kammer erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Die Kommission hat sich zwar grundsätzlich dafür entschieden, Ministerialvorschriften über die Weidmangelkeit zu geben, aber sie beschließt die Aufstellung, von der die Weidmangelkeit der Abgeordnetenkammer ausgeht, daß jede Weidmangelkeit sich stets in der Erhöhung der Miete äußern müsse. Viel wichtiger für die Erzielung besserer Resultate in den Städten ist die ausgedehnte Beschaffung von aufgeschlossenen Weidmangel und im Hinblick daran leitungsabhängige Weidmangelmittel. Von dieser grundsätzlichen Auffassung ausgehend, vermischt sie die Berechnungsmethode der Zweiten Kammer und trifft wesentlich härtere Vorschriften über die Weidmangel-mittel.

Von den übrigen Änderungen ist bedeutsam, daß die Bestimmungen über den Denkmalschutz. Die Kommission hat die Kräfte der Beschlüsse der Zweiten Kammer als eine neue zu weitgehende Behördensubordination abgelehnt und es wurde von ihr ein Antrag angenommen, die Regierung zu bitten, ein Denkmalverzeichnis aufstellen zu lassen. Ein Antrag auf Einberufung eines Denkmals-schutzes wurde abgelehnt.

„H. Andrews in der Nähe?“

„Er wartet, bis ich ihn rufe!“

„Dort in der Ecke steht mein Degen, er ist Dein, müde nur moskowitzisch Blut ihn schänden! Jede meine Pistolen und Red sie zu Dir. Andrews nimmt die Pistole zu sich. — Noch einen Mal, Malcolm. Schreie im Leben vor allem Deine List! — Du wirst ich werden, so ich du wie Deine Mutter, und viele Weiber in Liebe entflammen! Entzünde ihre Leidenschaft, um sie gegen unsere Feinde zu gebrauchen und sie zu Werkzeugen Deines Hasses zu machen, aber liebe sie nie wieder! Die Liebe bereitet im Leben den größten Schmerz! Hüte dich. — So! Des Himmels Segen über Dir! — Jetzt werde ich sterben. — Ach, meine nicht. Steh weg, unsere Feinde dürfen mich nicht lebend finden!“

„Was willst Du tun, Vater?“

„Ich reiße den Verband von meiner Wunde, dann ist der Tod da!“

„Hab denn Du doch noch etwas, wenn sie kommen?“

„Das — das wäre schrecklich! — Das wird Gott nicht wollen!“

„Ach, Vater! Dann — wenn Du es befehlst, ich gehe ich Dir eine Angel durchs Herz!“

„Mein wackeres Kind, segnet sich Das! Ja, dann befehle ich Dir's! — Du bist ein echter Degen!“

„Eine kurze Pause entstand. — Plötzlich machte der Kranke eine heftige Bewegung und ließ einen kurzen, heißen Seufzer, ein schwerliches Seufzen aus.“

„Du hast es getan, Vater!“ Malcolm sagte seine Hand, seine Augen floßen über.

„Es ist geschehen! Bald werde ich bei Deiner Mutter sein und ihr sagen: Malcolm ist ein wackeres Kind unserer Liebe. — Ich würde, wie das Blut und wir in Strömen rinst und mit ihm das Leben. — Wenn Du je in unsere schöne Heimat kommst, grüß mir meine liebe Frau, den kleinen Bob-Rogor, so hier wie meine Ernte, so rein wie meine Liebe! — Das wohl! — Sines clear! — Jimmie!“

(Fortf. folgt.)

„Nehmen muß man können. Ein Läubinger Zeter erzählt folgendes schändliche Geschichtchen: In unserem lieben, gemüthlichen Aboer-Rückwärts gibt es nur eine freiwillige Feuerwehre. Vor kurzem sprach ich mit einem Feuerwehrmann, der so weit von der Stadt wegwohnt, daß er im allgemeinen den Feuerlöcher gar nicht übersehen kann. Auf meine Frage, warum er denn da überhaupte der Feuerwehre angehört, gab er mir ruhig die Antwort: „Da, wo, wenn ich bei der Feuerwehre bin, so muß ich zehn Mark mehr Steuer zahlen; und wenn's brennt und ich komme net, so muß ich ein Kart Straf zahlen. Jetzt brennt's aber alle Jahr zweimal, da soll' ich die Sach' bloß zwei Mark; also bin ich acht Mark 'spart.“ — W. G.

Er auch. Die Antwort eines durch seine Scherze bekannten Berliner Bauordnungs auf eine Beauftragung seiner Dienstleistungen wird in der Berliner Korrespondenz mitgeteilt. In der Aufschrift der Eingangsunterschieden liest es nicht anders: „Wir vermissen den Gehalt aus Spezialanordnungen im Eingangsunterschied.“ Der Bauordnungsleiter (schrieb kurz, aber vieldeutig darauf zurück: „Ja auch!“

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 6. März 1909.

Ein Meisterwerk ist im Königsbau zu Stuttgart angefertigt. Es ist eine Miniaturwiedergabe von Burgen, alten Städten, Fabrikanlagen, Bauernhöfen, zahlreichen Kriegsschiffen, Zepplins Luftschiff mit Halle, der Hohenzollernburg und vielen anderen Dingen. Die ganze Anlage ist 12 Meter lang, 8 Meter breit und bedeckt 100 qm. Eine elektrische Straßenbahn führt ebenso wenig wie eine Hafenanlage mit allerlei Schiffen mit Dampf elektr. und Feder-Antrieb. Das Meisterwerk kommt aus der Bauwerkerei von Paul Darr-Gamzell. Der Besuch ist recht empfehlenswert!

m. Mittenfels, 8. März. Am gestrigen Sonntag fand auf dem hiesigen Rathaus eine außerordentliche Generalversammlung der Bezirkskrankenkasse Mittenfels statt. Sie war fast besetzt. Auch ein Vertreter des R. Oberamts nahm an ihr teil. Auf der Tagesordnung stand die Wahl von 3 Arbeitgeberrückzahlern und 2 Arbeitnehmerrückzahlern sowie Änderung der Statuten bezgl. der Heranziehung der sozialversicherlichen Arbeiter zur Krankenversicherungspflicht. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Karl Kollmann jr., Silberwarenfabrikant, Schreinermeister Wadenhut, Buchdruckerbesitzer Paul für die Arbeitgeber, Werkführer Dettle und Schneider Theurer für die Arbeitnehmer. Nachdem sodann der Vertreter des R. Oberamts zu der erwähnten Statutenänderung einige Erläuterungen gegeben und die Rechtslage dargelegt hatte, fand die von ihm vorgeschlagene Statutenänderung einstimmige Annahme. Nach Erledigung der Tagesordnung fand noch eine Debatte über einige interne Kassenangelegenheiten statt, worauf der Vorsitzende, Spinnmeister Dettle, die Versammlung schloß nicht ohne vorher dem oberamtlichen Vertreter für seine Mithilfe bei der Verwaltung des Kassenfonds ausgesprochen zu haben.

r. Freudenstadt, 6. Febr. In Unterwiesbach fand die räumliche Wohnstätte samt Scheune des Hrn. Roth und Adam Wörner vollständig abgebrannt. Die Feuerwehr war dank der neuen Wasserleitung in der Lage, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Abgebrannten sind verschont. Die Entschädigungsfürsorge ist noch nicht angefallen.

Vom Lande, 6. März. „So oft der Herr 'm Baura helfa will, ist ma allamol b'chiffa, ma darf maguda wo ma will, ma sollt gar noch mal ton!“ So besannerte neulich einer mit einem waldschönen Schanzhart, als er mit einem friedlichen Bürger durch „berreintigt“ Feld ging, und er wollte, daß man ihn höre. Das ist ein großes Wort, das Du gelassen oder nicht gelassen anspricht, Freund. Man hat Dir wohl einen Zettel von Deinem besten Ader weggenommen, und daß tut Dir noch wie ein Schnitt ins Herz. Warte nur ein paar Jährlein, und Du wirst anders urteilen lernen; vielleicht kommt da auch etwas, was für Herzschmerz gut ist. — Hab auf alle Fälle ist Dein Urteil über die Hilfe der „Herren“ etwas hart und unbegründet. Schon nur gegenwärtig in die zahlreichen Klagen der Darlehens-Kassenvereine hinein, um von anderen wohlthätigen Vereinen zu Schweigen und bedenke, welche große Summe von Hilfe da in den nachsten Zahlen enthalten ist. Der Erfinder dieser Vereine war aber „Herr“ Raiffaisse, und die Gründer waren in den meisten Gemeinden auch „Herren“. — Nein, die Herren, welche da so wegwerfend beurteilt, sind wilschende, von echter Sorge für's Volkswohl getragene Männer; laßt nur mit ruhigem Urteil ihre Hilfe zu verkehren. Diese Hilfe wird niemand aufgedrungen. Nach Feldbereinigungen können nur unter Zustimmung der Gemeinden gemacht werden. Allen recht machen können's freilich die Herren nicht. Darum sei stille mein Herz!

Zweifelhafte Teuerungszulagen. Zahlreiche staatliche Unterdarlehner, welche aus dem Stande der Militär- und Arbeiterherborgegangen sind, sind neuerdings vom R. Kriegsministerium angefordert worden, aus Anlaß der ihnen im Jahr 1907 gewährten Gehaltsaufbesserung (Teuerungszulagen) die entsprechenden Beträge an der bereits empfangenen Militärpension zurückzahlen. Eine Eingabe zahlreicher Militärkronwärtler um Nachlaß der ihnen auferlegten Pensonsrückzahlung ist vom Kriegsministerium mit folgender Begründung ablehnend bischeiden worden: „Neben die Kurrechnung des Wohnungsgeldes bei der Festsetzung des der Pensionregelung zu Grunde zu legenden

Stücklohnstandes sind die reichsgerichtlichen Bestimmungen maßgebend. Eine Abweichung von diesen Bestimmungen einzutreten zu lassen, ist, wie auch das R. Staatsministerium anerkannt hat, weder im Wege der Bundesgesetzgebung, noch durch Verwaltungsmaßnahmen möglich. Die Militärverwaltung kann lediglich dadurch Erleichterung eintreten lassen, daß die überhöhten Pensonsbeträge in Monatsraten von 5 M zurückzahlen sind. Die ratenweise Rückzahlung der überhöhten Pensonsrückzahlung wurde in allen Fällen genehmigt, in denen ein Antrag hierzu gestellt wurde. Ein Verschulden der Militärverwaltung an der verspäteten Regelung liegt nicht vor. Schließlich möchte noch darauf hingewiesen werden, daß derartige nachträgliche Regelungen, in den letzten Jahren auch bei den im Reichsdienst, wie auch bei den bei anderen Bundesstaaten angestellten Militärkronwärtlern nötig geworden sind, oder in nächster Zeit werden, ohne daß Entschädigungen dafür statufanden, daß die eintretenden Gehalts- also Erhöhungen durch die pensionsgesetzlichen Kürzungsbestimmungen ganz oder teilweise aufgehoben werden.“ Es ergibt sich also die interessante Tatsache, daß Bund und Regierung in Württemberg den Unterdarlehern im Jahr 1907 Teuerungszulagen gewährten, daß die Unterdarlehner 2 Jahre lang im ungehörten Genuß dieser Teuerungszulagen und daß dann der Reichsdienst nachher hergeht und denjenigen Unterdarlehern, welche aus dem Stande der Militärkronwärtler hervorgegangen sind, diese Teuerungszulagen in Monatsraten von 5 M wieder abnimmt, so daß die betreffenden Unterdarlehner tatsächlich keinerlei Aufbesserung haben.

Stuttgart, 6. März. Die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer hat eine Forderung von je 2000 M für die Etatsjahre 1909 und 1910 zur Unterhaltung von Wanderarbeitsstätten bewilligt. Während die im Etat 1907 und 1908 bewilligten 20000 M der ersten Einrichtung der Wanderarbeitsstätten dienen sollen, soll die veranschlagte Summe ein Beitrag zu den Kosten des Betriebs sein. Die Wanderarbeitsstätten werden von einem im Juli 1908 gegründeten „Verband zur Förderung der Wanderarbeitsstätten in Württemberg“ errichtet und verwaltet. Außer dem Staat sollen auch die Landarmenverbände und die Kreisärztevereine finanzielle Beiträge leisten. Im ganzen sind nach dem „Schw. M.“ 25 Wanderarbeitsstätten vorgesehen, von denen 7 noch im Laufe dieses Sommers eröffnet werden sollen. nämlich Hiltbronn-Stuttgart-Tuttlingen, Crailsheim-Ulm, Ulm-Stuttgart-Beuren, Crailsheim-Babwingsburg-Baihingen a. G., Kallm-Gmünd-Göppingen, Gelm.-Magold-Heub. und Gelm.-Beuren-Stuttgart. Mit der Errichtung von Wanderarbeitsstätten ist die Obdachlosenverpflegung verbunden.

Heimatfest. Nächsten Freitag den 12. März wird die Gründung des in Aussicht genommenen Württembergischen Bundes für Heimatfest erfolgen.

Der Evangelisch-soziale Kongress wird heuer von 1.-8. Juni in Heilbronn tagen, zum erstenmal wieder in Württemberg seit der Tagung in Stuttgart in der Pfingstwoche 1896.

r. Stuttgart, 6. März. Heute mittag wurde in der Schifferstraße ein Franklein in dem Augenblick, als sie ihren Hund von einem Straßenbahnwagen wegziehen wollte, von dem Wagen erfaßt und sofort getötet.

r. Kottwitz, 6. März. Die Urteilsvollstreckung in der Entmündigungssache des Frhrn. v. Rönig findet am 12. März statt.

r. Weiblingen, 6. März. Das 14. Jahre alte Mädchen des Lotengraders Kurz kam am Donnerstagabend nicht nach Hause und war trotz eifriger Suche nirgends aufzufinden. Gestern abend wurde nun die Leiche bei der römischen Badanstalt mit dem Mähderrangen auf dem Rücken aus der Rinnis gezogen. Ob ein Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegt, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Deutsches Reich.

r. Pödingen, 7. März. Als der Redakteur des „Pöller“ anläßlich der Stadtverordnetenwahl auf dem Rathaus erschien, wurde er von einem Stadtdarlehner, der sich durch einen Wühlanstuf des „Pöller“ beleidigt fühlte, tätlich angegriffen und mehrmals ins Gesicht geschlagen. Die Sache, die hier viel Aufsehen erregt, wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

r. Bingen (Hohenzoll.), 6. März. Vorgefunden wurde im Gewand Strick auf dem Marktplatz vor dem Hauptbahnhof ein 28jähr. Italiener erstochen aufgefunden. Er lag mit dem G. Sch. auf dem Boden und wick beim

Auffaben eine schwarze Gesichtsmaske auf. Die Leiche wurde sofort nach Hofstein gebracht.

München, 6. März. Hier verlesen, Bayerns Stellung zu n. Kommissionsantrag in Sachen der Reichssteuer sei nach wie vor ablehnend. Bayern werde dem Antrag nur zustimmen, wenn sich über die Bestimmungen, wenn im Bundesrat eine Mehrheit dafür zustande komme.

München, 4. März. Der Streit um die Reichstagsbilder ist nun entschieden: Prof. Angelo Jank hat das behauptete Honorar erhalten und sich mit dem Vorschlag der Reichstagskommission einverstanden erklärt, daß die Bilder nicht im großen Sitzungssaal, sondern in einem anderen Räume des Reichstagsgebäudes aufgehängt werden. Prof. Jank wird persönlich nach Berlin fahren und etwa nötige Änderungen an den Gemälden vornehmen.

Gerihtsfaal.

r. Bad Baden, 5. März. Vor der Kolbacher Strafkammer hatten sich gestern 13 Personen wegen Vergehens gegen § 175 und wegen Erpressung zu verantworten. Die Angelegenheit spielte schon seit Jahren in Heidelberg. Hauptangeklagter war der frühere Gemeindevorsteher Bumbach, der ja einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis, sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Wegen der Revisioner Salomon, der dem Bumbach erhebliche Geldbeträge abgedrückt hat, wurde auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis, sowie fünf Jahre Ehrverlust erkannt. Der Ausländer Schramm wurde zu zehn Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Weitere sieben Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu vier Monaten verurteilt; drei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Ausland.

Bilach, 6. März. Auf der Eisenbahnstrecke Bilach-Kolbach ist gestern eine Schmelzwine abgefahren und hat zehn Arbeiter verschüttet. Einer wurde getötet, vier verletzt, die übrigen konnten unverletzt ausgeholfen werden.

Zu Ehren des Königs von England gab Präsident Fallières gestern ein Diner. An dem letzten Diner im Empire nahmen auch Ministerpräsident Clemenceau, der Kaiser des Reiches Viktoria und der englische Botschafter teil. Dem König wurden bei Anfaht und Abfahrt vom Kaiser militärische Ehren erwiesen. Nach dem Frühstück hatte Präsident Fallières dem König in der englischen Botschaft einen Besuch ab.

Washington, 5. März. Washington war gestern durch neuen furchtbaren Schneesturm heftig. Die Bahn, Telegraph und Telefon versagten, nur eine in Gile geschaffene drahtlose Telegraphie funktionierte.

Die Presse begrüßt Tasts mit einmütiger Sympathie. Die fortschrittlichen Blätter betonen sein Selbstverleugern auf seinen konsequenzen Charakter und seine konsequente Berater. Die Tariffsache, mer und Hochschüler legen die Inauguraladresse jeder für seine eigene Politik günstig aus. Tasts konferierte heute mit der Kommission des Repräsentantenhauses über die Tariffsreform.

Wichtige Beschlüsse.

Andreas Keller, Schulze, 83 J., Göttingen; Richter Fritz Schneider, 82 J., Köttingen; Karl Gull, Bäckermeister, 84 J., Neuenbürg; Pauline Reutter, 61 J., Neuenbürg.

Literarisches.

Le Traducteur (16. Jahrg.) **The Translator** (5. Jahrg.) **El Traduttore** (1. Jahrg.) Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Zweck dieser Blätter ist es, dem Lesenden eine gründliche Kenntnis der Schrift und Sprechsprache zu vermitteln. Die Methode stützt den Lesenden auf natürlichen Wege in fremder, entgegen der originalen Weise zum Verständnis der fremden Sprache und bietet auch dem Fortgeschrittenen noch reichlich Gelegenheit, seine Sprachkenntnisse weiter auszubilden und zu vertiefen. In den mit Gedicht und guten Geschmack bearbeiteten Aufsätzen nehmen sie die gesprochene lebende Sprache zum Ausgangspunkt und weisen über eine Fülle höchster Vorbereitungen zu belehren. — Bestellungen sowie Abbestellungen für Frankreich, Belgien oder Italienisch kostenfrei durch die G. W. Kaiser'sche Buchh., Magdeburg.

Reis mit Kalbleber. 6 Personen, 1 1/2 Stunden. Man läßt 50 bis 60 Gramm Butter nebst einer Zwiebel zerhackt nehmen, gibt 1/2 bis 1 Liter, Alkoholum gutem Wein (der vorher etwas abgerollt worden ist) dazu und fängt an, daß der Reis eben bedeckt ist. In die Mitte legt man 1/2 Liter in beide Schichten geschüttetes Kalbleber, füllt die Kasserolle zu und läßt das Gericht weichköchen. Zuletzt rührt man 5 bis 6 Tropfen Maggi-Würze darunter, richtet die Kalbleber in der Mitte einer Schüssel an und den Reis rund herum. — 2 B.

Druck und Verlag der G. W. Kaiser'schen Buchdruckerei (Gull-Julius) Magdeburg. — Für die Redaktion verantwortlich: R. Darr.



Sunlicht Seife

Ist für die Instandhaltung der Wäsche unserer Klagen wie keine andere geeignet. Sie verleiht ihr köstliche Frische und Reinheit im Gegensatz zu schlechten Seifen, die in den Wäschestücken ätzend und die Haut reizende Bestandteile zurücklassen. Die Behaglichkeit der jungen Weißbürger wird daher durch Sunlicht-Seife gefördert!



